

Schnellübersicht

Vorwort	19
Abkürzungsverzeichnis	21
Einführung: Aufenthaltsrechtliche Grundlagen	23
Die wichtigsten Änderungen im Asylrecht seit Herbst 2015	49
Die verschiedenen Schutzstatus (Verfolgungs- und Abschiebeschutzgründe)	57
Folgen und Wegfall der Anerkennung	91
Asylantragstellung, Verteilung und gestatteter Aufenthalt	127
Mitwirkungspflichten und Rücknahmefiktion	151
Unzulässige Asylanträge wegen Berührung mit einem anderen Staat	161
Das Anerkennungsverfahren und die Anhörung zu den Verfolgungsgründen	193
Soziale Rechte des Antragstellers während des Verfahrens	217
Erwerbstätigkeit, Ausbildung und Studium während des Asylverfahrens	223
Die Entscheidung des Bundesamtes über den Asylantrag	229

Das gerichtliche Verfahren gegen die Ablehnung durch das Bundesamt	243
Der Folgeantrag (§ 71 AsylG)	259
Rechtsstellung von Personen aus sicheren Herkunftsstaaten und von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UMF)	265
Literaturverzeichnis	269
Stichwortverzeichnis	271

Gesamtinhaltsübersicht

Vorwort	19
Abkürzungsverzeichnis	21
I. Einführung: Aufenthaltsrechtliche Grundlagen	23
1. Asylrecht als besonderer Teil des Aufenthaltsrechts	24
2. Grundunterscheidung des Aufenthaltsrechts: Deutsche und Ausländer	24
2.1 Reichweite der Unterscheidung	24
2.2 Ausländer mit besonderen Rechten	25
3. Voraussetzungen für die Erteilung eines Aufenthaltstitels (§ 5 AufenthG)	27
3.1 Grundlage	27
3.2 Allgemeine Erteilungsvoraussetzungen nach § 5 AufenthG	28
3.3 Zugelassene Aufenthaltszwecke	28
3.4 Anspruch auf Erteilung und Ermessensentscheidung	29
3.5 Niederlassungserlaubnis und Daueraufenthalt	30
4. Grundbegriffe des Aufenthaltsrechts	30
4.1 Bedeutung für die Beratung	30
4.2 Aufenthaltstitel	31
4.3 Fiktionsbescheinigung	32
4.4 Ausreisepflicht und Abschiebung	33
4.5 Aussetzung der Abschiebung: Duldung	38
4.6 Ausweisung und Abschiebung	45
4.7 Aufenthaltsgestattung und Ankunfts nachweis	46
5. Zusammenfassung: Die verschiedenen Situationen des Aufenthalts	46

II.	Die wichtigsten Änderungen im Asylrecht seit Herbst 2015	49
1.	Die Rechtsquellen des Asylrechts.....	50
2.	Wichtige Änderungen seit Herbst 2015.....	51
2.1	Überblick.....	51
2.2	Die einzelnen Regelungen.....	53
3.	Geplante Änderungen	55
III.	Die verschiedenen Schutzstatus (Verfolgungs- und Abschiebeschutzgründe).....	57
1.	Der Inhalt des Schutzantrages.....	59
2.	Grundrecht auf Asyl (Art. 16a Abs. 1 GG)	60
3.	Flüchtlingseigenschaft nach der Genfer Konvention (§ 3 AsylG, § 60 Abs. 1 AufenthG)	61
3.1	Grundsatz des Non-Refoulement (Grundsatz der Nichtzurückweisung von Verfolgten)	61
3.2	Begründete Furcht vor Verfolgung.....	62
3.3	Keine Vorverfolgung (vor der Flucht) erforderlich.....	62
3.4	Sogenannte Nachfluchtgründe	64
3.5	Verfolgungshandlungen.....	66
3.6	Verfolgungsgründe.....	67
3.7	Verknüpfung zwischen Verfolgungsgrund und Verfolgungshandlung	74
3.8	Staatliche und nichtstaatliche Verfolgung	75
3.9	Inländische Fluchtalternative.....	75
3.10	Ausschlussgründe	77
3.11	Widerruf und Rücknahme	78
3.12	Die Bewertung von Flüchtlingschicksalen syrischer Staatsangehöriger.....	79
3.13	Zusammenfassung und Checkliste	80
4.	Der subsidiäre Schutz (§ 4 AsylG)	80
4.1	Grundgedanke: Drohen eines ernsthaften Schadens.....	80

4.2	Die drei Varianten eines ernsthaften Schadens	81
4.3	Interner Schutz und Ausschlussgründe	85
5.	Die nationalen Abschiebungsverbote (§ 60 Abs. 5 und 7 AufenthG).....	85
5.1	Die Voraussetzungen des nationalen Abschiebeschutzes	85
5.2	Abschiebeschutz bei drohenden Menschenrechtsverletzungen (§ 60 Abs. 5 AufenthG)....	86
5.3	Abschiebeschutz nach § 60 Abs. 7 AufenthG.....	88
5.4	Fazit	90
6.	Übersicht: Die verschiedenen Schutztatbestände	90
IV.	Folgen und Wegfall der Anerkennung.....	91
1.	Die Aufenthaltserlaubnis	93
1.1	Grundsatz.....	93
1.2	Einschränkungen und Bedingungen.....	94
1.3	Sonderfall: der „antragsunabhängige Aufenthalt“ bei § 25 Abs. 1 und 2 AufenthG	94
2.	Passerteilung.....	95
2.1	Grundsatz der Passpflicht	95
2.2	Der Flüchtlingspass.....	96
2.3	Reiseausweis für Ausländer („grauer Pass“).....	97
2.4	Schutzzuerkennung und Reiseausweis.....	98
3.	Die Wohnsitzbeschränkung für Schutzberechtigte (§ 12a AufenthG)	99
3.1	Offizielles Ziel der Regelung	99
3.2	Die vier Formen der Wohnsitzbeschränkung des § 12a AufenthG.....	100
3.3	Ausnahmen von der Wohnsitzbeschränkung	101
3.4	„Altfälle“	101
3.5	Konsequenzen bei einer Verletzung der Wohnsitzbeschränkung	101

4.	Der Familiennachzug zu Schutzberechtigten.....	102
4.1	Grundsatz des Familiennachzugs	102
4.2	Familiennachzug zu anerkannten Flüchtlingen und Asylberechtigten	104
4.3	Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten.....	105
4.4	Familiennachzug und nationale Abschiebungsverbote ..	106
4.5	Elternnachzug (§ 36 Abs. 1 AufenthG)	107
4.6	Familiennachzug und Schutzberechtigung: Übersicht....	107
4.7	Das Verfahren des Familiennachzugs	108
5.	Familienasyl und internationaler Schutz bei Familien (§ 26 AsylG)	110
5.1	Begriff des Familienasyls bzw. internationaler Familienschutz	110
5.2	Familienschutz für Ehegatten	112
5.3	Familienschutz für minderjährige ledige Kinder (§ 26 Abs. 2 AsylG).....	113
5.4	Familienschutz für Eltern und Geschwister von Anerkannten (§ 26 Abs. 3 AsylG)	114
6.	Erlöschen, Widerruf und Rücknahme der Schutzberechtigung	115
6.1	Erlöschen der Flüchtlingsanerkennung und Asylberechtigung	115
6.2	Widerruf der Schutzberechtigung	117
6.3	Rücknahme	118
6.4	Schaubild.....	119
7.	Aufenthaltsverfestigung bei Schutzberechtigten	120
7.1	Grundsatz.....	120
7.2	Die unbefristete Aufenthaltserlaubnis.....	120
7.3	Die Einbürgerung	123

V.	Asylantragstellung, Verteilung und gestatteter Aufenthalt.....	127
1.	Der Asylantrag (§ 13 AsylG).....	128
1.1	Inhalt des Asylantrags.....	128
1.2	Die Beschränkung des Asylantrags	129
1.3	Zuständige Behörde	131
1.4	Die persönliche und örtliche Dimension der Antragstellung.....	132
2.	Die Asylantragstellung.....	134
2.1	Die beiden Wege der Asylantragstellung: persönlich und schriftlich	134
2.2	Der Ablauf der persönlichen Antragstellung.....	136
2.3	Die schriftliche Antragstellung.....	139
3.	Der gestattete Aufenthalt.....	140
3.1	„Vorwirkung des Flüchtlingschutzes“	140
3.2	Beginn des gestatteten Aufenthalts.....	140
3.3	Die Dokumente des gestatteten Aufenthalts	141
3.4	Mobilität während des gestatteten Aufenthalts.....	142
3.5	Das Ende des gestatteten Aufenthalts	143
4.	Die Rücknahme des Asylantrags	144
4.1	Grundsatz.....	144
4.2	Zeitliche Dimension der Rücknahme und ihre Folgen....	144
5.	Auswirkungen der Asylantragstellung auf das Aufenthaltsrecht	145
5.1	Erlöschen bestimmter Aufenthaltstitel durch Asylantragstellung	145
5.2	Titelerteilungssperre während des Asylverfahrens	146
5.3	Titelerteilungssperre nach einer Ablehnung des Asylantrags	148
VI.	Mitwirkungspflichten und Rücknahmefiktion	151
1.	Grundsatz.....	152

2.	Wichtige Pflichten und Sanktionen	152
2.1	Schaubild.....	152
2.2	Erläuterungen zu dem Schaubild.....	155
3.	Duldungspflichten gegenüber einer Durchsuchung (§ 15 Abs. 4 AsylG).....	155
4.	Erkennungsdienstliche Behandlung (§ 16 AsylG).....	156
5.	Die Rücknahmefiktion nach § 33 AsylG.....	156
5.1	Voraussetzungen und Folgen der Rücknahmefiktion....	156
5.2	Die Fiktion des Nichtbetreibens	156
5.3	Der Einstellungsbescheid nach § 33 AsylG	157
5.4	Rechtsmittel gegen den Einstellungsbescheid.....	158
5.5	Der „Restart“ – das besondere Wiederaufnahmeverfahren nach § 33 Abs. 5 AsylG.....	158
VII.	Unzulässige Asylanträge wegen Berührung mit einem anderen Staat	161
1.	Unzulässige Asylanträge nach § 29 AsylG	162
1.1	Was sind unzulässige Asylanträge?.....	162
1.2	Unzulässige Asylanträge mit Berührung eines Drittstaates	163
1.3	Andere unzulässige Asylanträge.....	164
2.	Unzulässige Anträge wegen anderweitiger Zuständigkeit aufgrund der Dublin-III-VO	164
2.1	Die Dublin-III-VO	164
2.2	Die Dublin-Kriterien	171
2.3	Zuständigkeit bei mehrmalig gestellten Asylanträgen...	175
2.4	Die Pflicht zum Selbsteintritt.....	176
2.5	Das Dublin-Verfahren	177
2.6	Der „Dublin-Bescheid“.....	180
2.7	Überstellungsfrist und Überstellung	181
2.8	Tipps für die Beratung mit „Dublin-Fällen“	186

3.	Unzulässige Anträge wegen Schutz in der EU	186
3.1	Grundsatz.....	186
3.2	Inhalt des „Drittstaatenbescheides“	187
3.3	Rechtsmittel gegen einen Drittstaatenbescheid	187
4.	Unzulässige Anträge wegen Schutz in einem sonstigen Staat (§ 29 Abs. 1 Nr. 4 AsylG)	189
5.	Unzulässige Zweitanträge	190
5.1	Begriff	190
5.2	Prüfungsschema bei einem Zweitantrag.....	190
5.3	Der Bescheid bei erfolglosem Zweitantrag.....	191
5.4	Rechtsmittel	191
VIII.	Das Anerkennungsverfahren und die Anhörung zu den Verfolgungsgründen	193
1.	Die Entscheidung des Bundesamts über Asyl und internationalen Schutz.....	195
1.1	Prüfungsmaßstab: Verfolgung oder ernsthafter Schaden bei Rückkehr	195
1.2	Beweiserleichterungen	195
1.3	Rechtliche Würdigung.....	195
2.	Der Geflüchtete zwischen Darlegungslast und Amtsermittlungsgrundsatz	196
2.1	Darlegungslast.....	196
2.2	Amtsermittlungsgrundsatz	196
2.3	Die konkrete Darlegungslast im Einzelfall	197
2.4	Aussage- und Auskunftsverweigerungsrechte	198
2.5	Verspätetes Vorbringen	198
3.	Die Anhörung von Minderjährigen	200
3.1	Das Mindestalter für eine Anhörung.....	200
3.2	Die Person des Anhörers/der Anhörerin bei UMF	200
4.	Die Durchführung der Anhörung beim Bundesamt.....	200

4.1	Die Ladung zur Anhörung	200
4.2	Unmittelbarkeit und Vertraulichkeit der Anhörung	201
4.3	Dolmetscher oder Sprachmittler	201
4.4	Inhalt und Ablauf der Anhörung	202
5.	Der glaubhafte Vortrag in der Anhörung	205
5.1	Glaubhaftigkeit und Glaubwürdigkeit	205
5.2	Die einzelnen Kriterien für die Glaubhaftigkeit	206
6.	Vorbereitung und Begleitung bei der Anhörung	209
6.1	Wesentliche Hinweise und Ratschläge	209
6.2	Die Ermittlung der Verfolgungsgründe in der Beratung	210
6.3	Die Vorbereitung auf mögliche Fragen in der Anhörung	211
6.4	Die Einflussmöglichkeiten während der Anhörung	214
IX.	Soziale Rechte des Antragstellers während des Verfahrens	217
1.	Grundsatz: physisches und soziokulturelles Existenzminimum	218
2.	Sozialeistungen während des Verfahrens	218
2.1	Prinzip	218
2.2	Sachleistungsprinzip während der Wohnpflicht in der Erstaufnahmeeinrichtung	218
2.3	Leistungen nach dem Transfer	219
2.4	Leistungen nach dem Wechsel in die „Analogleistungen“	219
3.	Medizinische Leistungen während des Verfahrens	219
3.1	Während der ersten 15 Monate des gestatteten Aufenthalts	219
3.2	Nach 15 Monaten (bei Wechsel in die Analogleistungen)	220
4.	Zugang zu Integrationskursen während des Verfahrens	220

5.	Leistungskürzungen bei mangelnder Mitwirkung und anderen Gründen	220
6.	Exkurs: Leistungen für Anerkannte	221
X.	Erwerbstätigkeit, Ausbildung und Studium während des Asylverfahrens	223
1.	Grundsatz: Liberalisierung bei Erwerbstätigkeit, Ausbildung und Studium	224
2.	Gestattung der Erwerbstätigkeit (§ 61 AsylG)	224
2.1	Erwerbsverbot während der Zeit der Wohnpflicht/ während der ersten drei Monate.....	224
2.2	Erwerbsverbot für Personen aus sicheren Herkunftsstaaten im Asylverfahren.....	224
2.3	Möglichkeit einer Beschäftigung nach Ablauf von drei Monaten (und Ablauf der Wohnpflicht)	225
2.4	Wegfall der Einschränkungen nach 15 Monaten.....	226
3.	Berufsausbildung.....	226
4.	Studium	227
4.1	Grundsatz.....	227
4.2	Studium ist keine Erwerbstätigkeit	227
4.3	Mobilität und Studium.....	227
4.4	Anerkennung der Studienvoraussetzungen	227
4.5	Studienfinanzierung.....	228
4.6	Wechsel in einen Studienaufenthalt.....	228
XI.	Die Entscheidung des Bundesamtes über den Asylantrag	229
1.	Der Bescheid des Bundesamtes	230
1.1	Formerfordernisse an den Bescheid	230
1.2	Bestandskraft einer Entscheidung	230
1.3	Die Zustellung des Bundesamtsbescheides	230
2.	Inhalt des Bundesamtsbescheides.....	231

2.1	Übersicht	231
2.2	Wichtige Informationen für einen Anwalt.....	233
3.	Die Formulierung in ablehnenden Entscheidungen.....	233
3.1	Vollständige Ablehnung des Schutzersuchens mit Abschiebungsandrohung in den Herkunftsstaat.....	233
3.2	Ablehnung des Schutzantrags als „offensichtlich unbegründet“.....	234
3.3	Der Dublin-Bescheid.....	237
3.4	Ablehnung wegen des Vorliegens eines Schutzstatus in einem Drittstaat	238
4.	Beispiele für positive Bescheide	239
4.1	Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft.....	239
4.2	Anerkennung als subsidiär Schutzberechtigter	240
4.3	Feststellung von Abschiebeverboten nach § 60 Abs. 5 oder 7 AufenthG	240
XII.	Das gerichtliche Verfahren gegen die Ablehnung durch das Bundesamt	243
1.	Grundrecht auf effektiven Rechtsschutz.....	244
1.1	Die Klageerhebung bei unabhängigen Gerichten	244
1.2	Die Rechtsmittelbelehrung.....	244
1.3	Die zuständigen Verwaltungsgerichte	245
1.4	Die Entscheidungskompetenz der Verwaltungsgerichte	246
1.5	Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht oder beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) .	246
2.	Das gerichtliche Verfahren	247
2.1	Die fristgerechte Klageerhebung	247
2.2	Die Klageerhebung	248
2.3	Die Klagebegründung.....	249
2.4	Die mündliche Verhandlung.....	251
2.5	Das Urteil.....	253
2.6	Der Eilantrag	254

3.	Antrag auf Zulassung der Berufung nach einem negativen Urteil.....	255
4.	Vorgehen nach einem positiven Gerichtsverfahren	256
XIII.	Der Folgeantrag (§ 71 AsylG).....	259
1.	Zweiteiligkeit des Verfahrens.....	260
1.1	Begriff des Folgeantrags.....	260
1.2	Beschränkung der Gründe	260
1.3	Antragstellung.....	260
1.4	Status während des Verfahrens	261
2.	Prüfung der Wiederaufnahmegründe.....	261
2.1	Wiederaufnahmegründe	261
2.2	Ohne grobes Verschulden (§ 51 Abs. 2 VwVfG).....	262
2.3	Frist von drei Monaten (§ 51 Abs. 3 VwVfG)	262
3.	Bescheid und Rechtsmittel.....	263
3.1	Der Bescheid bei einer Ablehnung des Wiederaufgreifens	263
3.2	Rechtsmittel	263
3.3	Die Begründung des Rechtsmittels	263
3.4	Besonderheiten bei Folgeanträgen auf der Grundlage von selbstgeschaffenen Nachfluchtgründen (§ 28 Abs. 2 AsylG).....	264
XIV.	Rechtsstellung von Personen aus sicheren Herkunftsstaaten und von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UMF)	265
1.	Personen aus sicheren Herkunftsstaaten	266
1.1	Grundlage	266
1.2	Die sicheren Herkunftsstaaten	266
1.3	Die Vermutung in § 29a AsylG	266
1.4	Einschränkungen im Asylverfahren	267
2.	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	267

2.1	Begriff	267
2.2	Unterbringung und Verteilung	267
2.3	Rechte im Verfahren	268
XV.	Literaturverzeichnis	269
XVI.	Stichwortverzeichnis	271